

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: 10 Pf. pro Stück. Einjahresabonnement 30 Pf. (inkl. Post).
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Preis: 10 Pf. pro Stück. Einjahresabonnement 30 Pf. (inkl. Post).

Einzelpreis: die 8 gefaltene Kumpelle 20 Pf., die 4 gefaltene Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2 gefaltene Kumpelle im täglichen Teile 1 Reichsmark. Nachverlangungsbild 20 Reichspfennig. Besondere Anzeigen nach Vereinbarung.
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 87. — 86. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postbez.: Dresden 2640 Mittwoch, den 13. April 1927

Aufgeflogen.

Das Arbeitsprogramm des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz sieht für den Abschluss der ersten Lesung nach Mitteilung des Beschlusses vor, daß am Donnerstag die Frage der Seerüstungen, der allgemeinen Grundzüge für die Einrichtung einer Kontrolle und die nach offenstehenden Punkten behandelt werden sollen. In der Osterpause soll das vorliegende Ergebnis vom Bureau zusammengefasst und zum Abschluss der ersten Lesung in der Woche nach Ostern dem Ausschuss vorgelegt werden, der nach Genehmigung dieses Berichtes für unbestimmte Zeit auseinander gehen wird. Das Datum der zweiten Lesung soll später bestimmt werden.

Zu dieser Meldung, die in etwas verkauflierter Weise den vorläufigen Abbruch der Genfer Abrüstungsverhandlungen wiedergibt, wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Politische Prophezeiungen von sich zu geben, ist in manchen Fällen wirklich nicht schwierig, wenn man sich nur den Kopf von überflüssigen Schlagwörtern frei hält. So war es auch weiter nicht schwer, vorauszusagen, daß die Abrüstungskommission des Völkerbundes, die dazu bestimmt war, eine große internationale Abrüstungskonferenz vorzubereiten, ergebnislose Arbeit leisten würde. Und das ist nun eingetreten; über die Frage der Abrüstung zur See ist die Kommission endgültig gesplittert, weil England, Italien und Amerika selbst den sehr weitgehenden französischen Kompromissvorschlag ablehnten, in dem eine Veröffentlichung der Gesamttonnage, der die vertragschließenden Parteien für ihre Sicherheit benötigen, durch Mitteilung an den Völkerbund vorgesehen war. Sogar so weit war der französische Vorschlag gegangen, daß innerhalb der benötigten Gesamttonnage jeder Staat Kriegsschiffe bauen könne, wie er wolle. Gerade daran stieß sich aber England, und wenn Lord Cecil den Standpunkt seiner Regierung dahin erläuterte, es sei ihr unmöglich, zuzugeben, daß ein Staat etwa die für ihn festgesetzte Gesamttonnage ausschließlich für den Bau einer einzigen Schiffskategorie verwenden würde, so weiß man, was dahintersteht: Frankreich würde seiner maritimen Lage entsprechend vor allen Dingen den Bau von Unterseebooten betreiben. Man hat also die Beratungen zunächst einmal auf unbestimmte Zeit vertagt und will nur noch schnell die Fragen der Beschränkung der Aufrüstungen erledigen.

Was die Kommission bisher geleistet hat, ist aber herzlich wenig und verleiht überhaupt keine Geltung, da angesichts des Ausfliegens dieser vorbereitenden Kommission an den Zusammentritt einer eigentlichen Abrüstungskonferenz, deren Beschlüsse er zu zwingendem Völkerrecht werden würden, vorläufig gar nicht zu denken ist. Der zweite Versuch also, den die Vereinigten Staaten gemacht haben, um eine Rüstungsbeschränkung herbeizuführen, ist wiederum gescheitert. Und was die Kommission beschloffen hat, ist nicht bloß dem Umfang nach gering, sondern überdies noch so unbestimmt, daß es zu erheblichen Auseinandersetzungen gekommen wäre, wenn sich überhaupt eine Abrüstungskonferenz hätte zusammenbringen lassen. Wiederum ist das Versprechen des Versailler Vertrages, daß die deutsche Abrüstung lediglich der erste Schritt zu einer allgemeinen Abrüstung sein würde, unerfüllt geblieben. An den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages wird eifern festgehalten und unter dem Deckmantel einer internationalen Kontrolle der Rüstungen hat man in der Hauptsache nur eine Überwachung Deutschlands zu verstehen.

So bietet alles beim alten Zustand; auf der einen Seite das zwingende praktische ganz abgerüstete Deutschland und rings um uns ein Weltkräftigen, das ein immer schnelleres Tempo annimmt. Gewiß ist auch das allgemeine weltpolitische Bild des Augenblicks einer Förderung der Abrüstung nicht gerade günstig; die Ereignisse in China, vor allem die erhebliche Zustimmung der englisch-russischen Beziehungen macht nur allzu deutlich, daß das Entscheidende die militärische Macht ist, die ein jeder der konkurrierenden Staaten in die Waagschale zu werfen hat. Niemand, außer gezwungenermaßen Deutschland, wird sich an die Beschlüsse halten, die nach endlosen Beratungen in der Genfer Abrüstungskommission zustande gekommen sind. Stärker als alles pazifistische Wollen und Wünschen spricht die Wirklichkeit. Ganz unverhüllt hat das Lord Cecil mit den Worten ausgesprochen, daß „der französische Vorschlag nicht das Minimum an Sicherheit gewähre, das die englische Regierung wegen der auf ihr lastenden Verantwortung für große Landgebiete fordern müsse.“ Ebenso hat das ganze Verhalten des französischen Vertreters, also des Sozialisten Paul-Boncour, der sich stolz rühmt, der Vater des neuen gewaltigen Rüstungsplanes Frankreichs zu sein, immer und immer wieder bewiesen, daß dieses Land gar nicht daran denkt, auch nur das geringste seiner militärischen Kraft dem Gedanken der Weltabrüstung zu opfern.

Enttäuscht werden konnte von diesem Ausgang der Kommissionsarbeiten nur, wer immer noch nicht hat erkennen wollen, daß trotz aller Phrasen lediglich die Macht es ist, die die Welt regiert.

Pessimismus in Frankreich.

Diese Ausführungen unseres Mitarbeiters werden be-

Truppenzusammenziehung im Fernen Osten. Mobilisierung in Japan.

Sehr ernste Lage in China.

Die Vorgänge in China rufen jetzt auch in Japan starke Nervosität hervor. Die Tokioter Presse vertritt die Meinung, daß infolge des gegenwärtigen Standes der Beziehungen zwischen Moskau und Peking eine sehr ernste Lage entstanden sei, durch die Japan vielleicht in Mitleidenschaft gezogen würde, wenn auch Moskau wohl nicht eine Entscheidung durch Waffengewalt suchen werde. Wie nervös man in Tokio geworden ist, geht daraus hervor, daß weitere vier japanische Torpedobootschräker angewiesen worden sind, sich zur Ausreise nach Schanghai bereitzuhalten.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet aus Schanghai: Die Haltung der Japaner beansprucht das stärkste Interesse, da alle Anzeichen auf eine allgemeine Mobilisierung des japanischen Heeres hinweisen. Der Berichterstatter fragt, ob man eine offene Kriegserklärung gegen Rußland erwarten müsse oder ob die mobilisierten Kräfte nur für eine Veränderung im engeren Rahmen bestimmt seien. Die japanischen Einwohner in Hankau sandten ein Ultimatum an ihre Regierung und forderten, daß eine Expeditionskriegsflotte sofort abgeschickt werde, um das ihnen zugesagte Unrecht zu sühnen. Der Korrespondent schließt: Die allergrößten Mächte werden Ereignisse von größter Bedeutung im Fernen Osten sehen.

Gleichsam, um diese Prophezeiung zu bestätigen, weiß der „Daily Telegraph“ weiter aus Peking zu melden, daß große japanische Verstärkungen in der mandchurischen Eisenbahnzone eingetroffen sind. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ werden große russische und chinesische Truppenkontingente an der sibirischen Grenze zusammengezogen.

Japan droht Rußland mit Eingreifen.

Paris, 12. April. Der japanische Generalkonsul in Schanghai erklärte dem Vertreter der Hobos-Agentur gegenüber, daß infolge der Sowjet-Note die Spannung zwischen Rußland und China in der Mandchurei, wo die Bevölkerung keine einseitige sei, zu schweren Folgen führen könne. Für den Fall, daß der Ausbruch eines Krieges, der von nun ab in Erwägung gezogen werden müsse, zu Unruhen führen sollte, werde sich Japan zwecks Herstellung der Ruhe zum Eingreifen genötigt sehen. Der Generalkonsul erinnerte sodann an die bestehenden Verträge, die es den Sowjetvertretern verbieten, kommunistische Propaganda zu treiben. Japan könne gegenüber der Bolschewisierung Chinas nicht indifferent bleiben. Die japanische Regierung verfolge die Entwicklung der nationalen Bewegung in China mit Wohlwollen. Sie werde aber einen bolschewistischen Einfluß auf diese Bewegung nicht zugeben, da ein solcher Leben und Besitz der Japaner in China gefährde.

Nützlich durch ein Pariser Telegramm, in dem hervorgehoben wird, daß man in französischen diplomatischen Kreisen mit dem Verlauf der Genfer Abrüstungsverhandlungen unzufrieden ist. Man hegt kaum mehr die Hoffnung, daß es gelingen wird, eine Formel für die Einberufung der endgültigen Abrüstungskonferenz zu finden. Ja, wenn selbst nach dieser Möglichkeit offenbliebe, zögert man nicht, zu erklären, und dies vielleicht aus tatsächlichen Gründen, daß mit einer Vertagung der Abrüstungskonferenz auf unbestimmte Zeit zu rechnen sei. Die Schuld hierfür wäre nach Ansicht Frankreichs England zuzuschreiben, das unter dem Schutz von Italien es ablehnte, den französischen Vorschlag über die Beschränkung der Seestreitkräfte anzunehmen. Frankreich könnte aber unter gar keinen Umständen zulassen, daß eine Abrüstungskonferenz einberufen werde, die nicht gleichzeitig die Frage der Beschränkung der Luft-, See- und Landstreitkräfte behandelt. Infolgedessen sei zu erwarten, daß die nächste Völkerbundratstagung die Abrüstungsverhandlungen auf unbestimmte Zeit verlagern werde.

Die feierliche Begrüßung der „New York“.

Ungewöhnliche Ehrungen.

Dem Hapagdampter „New York“ führen bei seiner Ankunft im New Yorker Hafen die Gattin des Oberbürgermeisters Walker und Vöschpater Walker entgegen. Als sie das Schiff bestiegen, spielte die Kapelle die amerikanische und die deutsche Nationalhymne. Alle Hafensfahrzeuge und Hapagdampter hielten den einkommenden Dampfer mit lautem Sirenengeheul willkommen. Das Feuerlöschboot gab einen Wasserfall ab. Eine noch

Die Note an China.

Die im Namen der Regierungen Amerikas, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans von ihren Konsularvertretern in Hankau Tschen gestellten Bedingungen für eine schnelle Regelung der durch die gegen ihre Untertanen von nationalistischen Truppen in Kantsing am 24. März begangenen Verbrechen geschaffenen Lage sind folgende:

1. Ungemeffene Bestrafung der für die Morde, persönlichen Verletzungen, unwürdigen Behandlung und angerichteten Materialschaden verantwortlichen Truppenkommandeure, ebenso aller Personen, die nachgewiesenermaßen darin verwickelt sind;
2. eine schriftliche Entschuldigung des Oberbefehlshabers des nationalistischen Heeres einschließlich einer ausdrücklichen schriftlichen Verpflichtung, sich aller Formen der Gewalt und Agitation gegen Leben und Eigentum von Ausländern zu enthalten;
3. vollständige Wiedergutmachung für persönliche Verletzungen und angerichteten Materialschaden. Wenn die nationalistischen Behörden nicht zur Zuständigkeit der interessierten Regierungen ihre Absicht bekunden, diesen Bedingungen schnell nachzukommen, werden sich die erwähnten Regierungen gezwungen sehen, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für angemessen halten.

Keine Räumungsabsichten der Chinadeutschen.

Die Nachrichten, daß die Deutschen in China einzelne Plätze im Juncen, insbesondere in Hankau, zu räumen gedächten, entsprechen nicht den Tatsachen. Nach Telegrammen, die beim Konsulatischen Verein Hamburg-Dresden aus Tsingtau, der Hauptstadt der Provinz Schantung, und aus Schanghai eingelaufen sind, sind die Deutschen in Tsingtau und Hankau vollständig an diesen Plätzen geblieben und haben auch nicht die Absicht, diese Plätze zu verlassen.

„Daily Mail“ berichtet aus Peking: Die gelegentlich der letzten Durchsuchung im russischen Vöschpatsgebäude verhafteten Russen sind freigelassen worden. Der Stab der russischen Vöschpats fährt am Sonntag nach Rußland ab.

Der Eindruck der Nanking-Note in der Peking-Fremdenkolonie.

London, 13. April. Nach einer Times-Meldung aus Peking hat die Note der Mächte an die chinesischen Behörden wegen der Vorfälle in Nanking in Kreisen der Peking-Fremdenkolonie ziemlich enttäuscht, da man allgemein härtere Bedingungen erwartet habe. Die Schwäche der internationalen Proteste werde hauptsächlich für den Zusammenbruch der Stellung der Ausländer in China verantwortlich gemacht. Man sei der Auffassung gewesen, daß die Nanking-Vorfälle den Mächten eine gute Gelegenheit gegeben hätten, den verlorenen Boden zurückzugewinnen.

Tausenden zählende Menschenmenge säumte die Ufer von Brooklyn und Manhattan und die Fenster der Wolkenkratzer waren dicht besetzt, als die „New York“ bei wolkenlosem Himmel und heißem Sonnenschein von der Quarantänestation auf dem Hudson zur Anlegestelle fuhr. Am Pier kam auch Oberbürgermeister Walker an Bord. Bei dem darauf folgenden Festakt in der Empfangshalle der Hapag gab Oberbürgermeister Walker seiner Freude über die Ankunft der „New York“ Ausdruck und bezeichnete es als eine große Ehre, daß die Hapag ihr neues Schiff nach der Stadt New York genannt habe. Hierauf überreichte der Oberbürgermeister als Geschenk ein Miesengemälde von New York. Der ehemalige Reichskanzler Cuno dankte namens der Hapag. Ferner sprachen Vöschpater v. Walker, Victor Kibber sowie verschiedene andere Redner.

Der Millionenbetrug mit Steuerbanderolen.

Die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Die gleichzeitig in Berlin, in Hamburg und in Köln begonnenen Ermittlungen betreffend die Verträge und Fälschungen auf dem Gebiete der Zigarettenfabrikation haben einen solchen Umfang angenommen, daß beim Landgericht I in Berlin ein Sonderbezernat eingerichtet wurde. Die Nachforschungen sind noch keineswegs abgeschlossen. Es handelt sich um Fälschungen von gangbaren bekannten Zigarettenmarken sowie um Fälschung von Zigarettenbanderolen. Von den in Berlin verhafteten Personen sind einige, wie Georg Lübeck, aus der Untersuchungshaft wieder entlassen worden. Von Arzur Rakauer, dem Inhaber der Fabrik „Milia“, der noch in Untersuchungshaft ist, ist festgestellt worden, daß er durch drei Gebrüder